

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Metzgerstraße 28, Tel.: 11  
Verkauf: Geschäftszeit des Verlages von 10 Uhr bis 12 Uhr  
Tagespreise: Dienstag und Freitag von 18 bis 10 Uhr.

Verlag: Berlin, Drey-Rosse-Platz, Verlags- und Zeitungsverlag, G. m. b. H.  
Postfach 100, Berlin NW 27 70

Abonnement: Die Zentralredaktion, Postfach 100, Berlin NW 27 70  
Abonnement: Die Zentralredaktion, Postfach 100, Berlin NW 27 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2, —. (Mittelschichtliche Arbeiter-  
lohn in Ost- und West mit eigener Bezahlung — 2000 bis 3000 Pf.)  
Postzeitung und Beilage 3,50 Mark; Einzelheft 10 Pf. (außer Post-  
zuschlag). Abonnement: Berlin, Drey-Rosse-Platz, Verlags- und Zeitungsverlag, G. m. b. H.  
Postfach 100, Berlin NW 27 70

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnement: Die Zentralredaktion, Postfach 100, Berlin NW 27 70  
Abonnement: Die Zentralredaktion, Postfach 100, Berlin NW 27 70

## SPD. für Steuerraub des Bürgerbluts

### Hugenberg- und Severing-Partei verhindern die von der SPD beantragte Streichung der Massensteuern

In der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages stellten die Vertreter der Kommu-  
nistischen Fraktion den Antrag, sämtliche Steuererhöhungen der Reichsregierung, die bekanntlich eine Mehr-  
belastung der Werktätigen in Höhe von einer halben Milliarde bringen, abzulehnen. Bei  
der Abstimmung zeigte es sich, daß Hindenburg-Brüning in Wirklichkeit mit der größten Koalition von den  
Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten regieren. Wären die drei Stimmen der Kommunisten bei den  
alle Parteien des Ausschusses, einschließlich der SPD., es ab, den kommunistischen Antrag auch nur zur Ab-  
stimmung zu bringen. Der deutschnationale Vorsitzende Oberschöen hatte diese Erledigung des kommuni-  
stischen Antrages vorgeschlagen, und die Sozialdemokraten Meißner und Herx unterstüzten ihn bei der  
Abwägung des für sie so unangenehmen Antrages.

Bei den Steuererhöhungen des Bürgerbluts handelt es sich be-  
kanntlich um dieselben, die schon von der Hermann-Müller-  
Koalition entworfen und eingebracht worden waren. Genosse  
Hugenberg wies gestern im Ausschuss darauf hin, daß es  
Müller und Hilferding waren, die überhaupt jegliche Kapital-  
steuern bestritten und damit das Hauptargument für den  
heute noch bestehenden Steuererhöhungen lieferten. In  
Wirklichkeit haben wir trotz der Wirtschaftskrise ein Wachsen  
der Kapitalanhäufung, was die reichen Industriellen und  
die eigentliche Kapitalklasse bewirkt. Gegen die neue  
Massenbelastung und die geplante und teilweise schon durch-  
geführten Steuererhöhungen an den Besitz stellte gestern die kom-  
munistische Fraktion folgende Forderungen auf:

### Was die Kommunisten fordern:

1. Die Steuer über die Umsatzsteuer, die Biersteuer, die  
Zollsteuer und die Zinssteuer werden aufgehoben.
  - Die Regierungsvorlage über die Einführung einer Mineral-  
wassersteuer wird abgelehnt.
  - Die Einkommensteuer (§§ 39 bis 42 des Einkommensteuergesetzes)  
wird aufgehoben; gleichzeitig wird das beschränkte Existenzmini-  
mum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahres-  
einkommen von 3000 Mark auf 1000 Mark erhöht; die Höchste  
für die Einkommensteuerpflichtigen geltende soziale Abzüge gelten  
für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen  
von 5000 Mark.
  - Die Befreiung der Einkommen über 8000 Mark wird  
um 20 Prozent erhöht.
  - Die Körperschaftsteuer wird um 20 Prozent erhöht.
  - Die Steuer auf die Erträge über 25000 Mark wird um  
20 Prozent erhöht.
  - Die Regierung wird aufgefordert, eine Herabsetzung des Erb-  
schaftssteuererhöhes vorzuschlagen in der Weise, daß die Erbschafts-  
steuer durch Erhöhung der Steuerbefreiung für alle Erbschaften über  
20 000 Mark, durch Befreiung des Erbschaftsbesitzes und Einführung  
einer Nachlasssteuer einen Betrag von 200 Millionen Mark jähr-  
lich bringt.
  - Eine Befreiung über Ermäßigung des Kapitalertrags-  
steuergesetzes wird abgelehnt.
- Auf diese nur zu berücksichtigten Forderungen antwortete der  
sozialdemokratische Abgeordnete Meißner mit einem neuen Bündnis-  
angebot an die Hindenburg-Regierung. „Wenn auch die SPD.  
trotzdem an der Regierung hinausgedrängt wurde, so will sie die  
Verhandlungen nicht aufhalten und bleibt der Auffassung, daß  
der Etat ungesichert, unbalanciert werden muß.“ Wenige Minu-  
ten später bekräftigten die SPD-Vertreter ihr Angebot durch  
die Laie und stimmten dem kommunistischen Antrag nieder, wägten  
den kommunistischen Antrag ab.
- Kann es das Doppelspiel des „Bourgeois“ gegen den  
Bürgerblut vorüber, da verdrängen sich die SPD-Führer schon  
mit ihm, können sie gemeinsam mit den Hindenburg-Parteien  
die von den Kommunisten im Interesse der Werktätigen ge-  
forderten Forderungen ablehnen. Das ist die Preisgabe der Sozialdemokratie,  
die allen Arbeitern vorgehalten werden muß, die heute noch  
die SPD-Partei wählen.

machen die Verabschiedung der Steuererhöhung immer schwieriger.  
Man spricht sich wieder vom Diktatorartikel 48...  
Über die proletarischen Massen haben in Berlin, im Ruhr-  
gebiet, in vielen anderen Städten des Reiches durch mächtige  
Aufmärsche ihre Kampfbereitschaft gegen die Hindenburg-Regie-  
rung und ihre sozialdemokratischen Stützen zum Ausdruck gebracht.  
Die breite Einheitsfront der Arbeiter in Stadt und Land  
werden die Arbeiterklasse mit ihren Streikorganen  
und ihrer sozialdemokratischen Freunde bis zu deren Verabschiedung  
bekämpfen.

## Rote Siege

Leipzig, 6. April. (Eig. Nachrichten.) Die heutigen Ver-  
triebswahlen bei der Firma „Leipziger Baumwoll-  
spinnerei“ endeten mit einem überwältigenden Sieg der  
roten Betriebsratlichen. Von der 1850 Mann starken Belegschaft  
hatten 90 Prozent gewählt. Es wurden abgegeben:  
Rote Liste . . . . . 1218 Stimmen  
Reformisten . . . . . 262 Stimmen

Die Opposition erhielt demnach 3 Siege und die Reformisten  
nur einen Sieg im Betriebsrat.

Düsseldorf, 5. April. (Eig. Nachrichten.) In 102 Be-  
trieben im Bezirk Niederrhein hatte die revolutionäre Ge-  
werkschaftsopposition rote Listen auf. Die Gesamtbelegschaft in  
diesen Betrieben beträgt 45 000 Arbeiter. In 66 Betrieben mit  
22 000 Mann Belegschaft fand die Rote Liste bereits statt. Das Er-  
gebnis in diesen 66 Betrieben ist folgendes:

|                   |                |            |
|-------------------|----------------|------------|
| Rote Gewerkschaft | 12 319 Stimmen | 73 Mandate |
| Reformisten       | 6 078          | 38         |
| Christen          | 3 790          | 23         |
| Stille            | 161            | 1          |
| Nachwahlwähler    | 173            | 1          |
| Unentschieden     | 170            | 1          |

Während wurden auf 20 oppositionellen Listen, denen teils  
andere Listen gegenüberstanden, 1195 Stimmen abgegeben und  
23 Mandate erzielt. Von 139 Mandaten der Reformisten,  
Christen, Stille und Nachwahlwähler hatten 402 Mandate der re-  
volutionären Opposition gegenüber.

### Roter Betriebsrat bei Seiffert

Die Betriebsratwahlen in dem größten Berliner Schu-  
fabrik Seiffert zeigten folgende Ergebnisse:  
Rote Liste . . . . . 200 Stimmen  
Reformisten . . . . . 50 Stimmen

## Der Bierunddre higte!

Ein neues Schandurteil gegen die kommunistische  
Presse — Zwei Jahre Festungshaft für den  
Genossen Krensch

Der Genosse Wilhelm Krensch, ein Redakteur des „Märk-  
ische“, Essen, stand am Samstag wegen „Vorbereitung des  
Hochverrats“ in mehr als vierzig Fällen, abhängig durch  
Anklagen und durch die Veröffentlichung der Beschäfte des Ruhr-  
kongresses vor revolutionären Gewerkschaftsoppositionen vor dem  
4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig.

Auf Grund des § 7 Absatz 4 des Preßgesetzes  
wurde Krensch zu zwei Jahren  
Festungshaft sowie 200 Mark Geldstrafe (bzw.  
30 Tage Gefängnis für die Geldstrafe) verurteilt.

Das ist das 14. Strafurteil gegen die kommunistische  
Presse, das in ganz kurzer Zeit verhängt worden ist.

## Alles für revolutionäre Machtpolitik

### Für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralrates

Die Regierung Brüning, besessen von Hindenburg, aus-  
gerüstet mit dem Diktatorparagraphen 48, hat im Reichstag  
gegen das kommunistische Mißtrauensvotum eine falsche  
Mehrheit von Hermann Müller bis Hugenberg erhalten. Sie  
eröffnet die Durchführung des inneren Young-Plans, der mit  
der sozialdemokratischen Koalitionsregierung vorbereiteten  
„Finanzplan“, mit einem Programm neuer, maßloser Aus-  
gaben der arbeitenden Massen in Stadt und Land.  
Schälestes Millionenforderungen für die Großgrundbesitzer, neue  
Wahrgeld, die die werktätigen Massen verschärften Elend  
preisgeben und das arbeitende Volk noch tiefer zum Opfer  
der Junker- und Getreidekapitalisten machen, dazu das von der  
Brüning-Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz zur Durch-  
führung weiterer Massensteuern, weiterer Steuererhöhungen für das  
Großkapital — das ist das Programm der Hindenburg-  
Brüning-Hugenberg-Regierung!

Auf der einen Seite unter dem Kommando der Deut-  
sch-nationalen führt sich die Hindenburg-Regierung auf der  
anderen Seite auf die Sozialdemokraten, die auch außer-  
halb der Regierung, auch nachdem sie durch die Bourgeoisie  
von ihren Ministerposten entfernt wurden, alles daran setzen,  
um dem Finanzkapital und den bürgerlichen Parteien jeden ge-  
forderten Dienst zu erweisen. Die sozialdemokratischen Volkspräsi-  
denden mit ihren Maschinengewehren, die Gewerkschaftsbüro-  
kraten mit ihrer Streiktraktatistik, die gesamte Sozialdemokratie  
mit ihrer Politik der Irreführung der Massen, mit einer  
Scheinopposition, hinter der sich die ganze Koalition mit  
dem Bürgerblut verbirgt, — so führt die SPD ihre  
Kriegsrolle im Dienst des Finanzkapitals  
auch nach dem Sturz der Brüning-Regierung für die  
sozialdemokratische Koalitionsminister  
weiter fort!

Nach der letzten Hungerkrawalle der Erwerbslosen.  
Abbau der Löhne der Betriebsarbeiter, verschärfte Kriegshetze  
gegen die Sowjetunion, das sind die Hauptpunkte des Pro-  
gramms der neuen kapitalistischen Offensive gegen das deutsche  
Proletariat.

Gegen den Generalangriff der Bourgeoisie setzen sich die  
Massen zur Wehr. Der Bürgerblut von 1930 ist kein Produkt  
der relativen Stärke und Festigkeit der bürgerlichen  
Klassenherrschaft, wie es der Bürgerblut unter Luther-Schiele  
im Jahre 1925 war. Die Rechtsentwicklung der Bourgeoisie,  
die mit der tatsächlichen Entwicklung der Sozialdemokratie Hand  
in Hand geht, führt nicht mehr auf die wachsende Kamp-  
kraft und Radikalisierung der breiten werktätigen  
Massen. Vom heroischen Widerstand der Hüttenarbeiter an der  
Ruhr im vorletzten Herbst, über die Maidankämpfe Berlins  
im Jahre 1929, bis zu der revolutionären Massendemo-  
strationen des deutschen Proletariats am 1. Februar und  
6. März 1930 führt eine aufsteigende Linie des revo-  
lutionären Klassenkampfes.

Bei allen Streikbewegungen des vergangenen Jahres, vor  
allem dem Berliner Kohlenarbeiterstreik, zeigte sich die un-  
geheure Verschärfung der Klassengegensätze. Aber nicht nur in  
den Städten, auch auf dem Lande gibt es. Der heldenhafte  
Streik der Landarbeiter von Danzig, die ersten wichtigen Schritte  
eines revolutionären Aufstandes der arbeitenden Bauernschaft  
in Süddeutschland, das alles sind Symptome für die  
wachsende Empörung in den breitesten Massen.

In dieser Situation ermahnt der kommunistischen  
Partei Deutschlands die Aufgabe von gemäßigter histo-  
rischer Tragweite, die Kampffront des arbeitenden Deutschlands  
gegen seine Ausbeuter und deren sozialdemokratische Kollaborateure zu  
schärfen. Nur die kommunistische Partei vermag die breitesten  
Schichten der werktätigen Bevölkerung in den Städten und auf  
den Dörfern zum einheitlichen Heer des Klassenkampfes der  
Unterdrückten zusammenzuschweißen.

Nur unter Führung der kommunistischen Partei kann die  
proletarische Hegemonie über die übrigen werktätigen  
Schichten verwirklicht werden. Das Schicksal des deutschen  
Proletariats und aller werktätigen Schichten, die Abwehr der  
unvermeidlichen Angriffe des Finanzkapitals und seiner sozial-  
demokratischen Helfershelfer, die Organisierung der  
proletarischen Offensive gegen die kapitalistische Ausbeuter liegt bei der kommu-  
nistischen Partei.

Sie kann den Kampf gegen die Hungerkrawalle der Hindenburg-  
Brüning-Hugenberg, die Aufrüstung und Durchbrechung  
der sozialdemokratischen Front nur durchführen mit der Er-  
füllung der entscheidenden Aufgabe, die der Weltalter  
Parteitrag und die kommunistische Internationale den  
deutschen Kommunisten gestellt haben: Eroberung der  
proletarischen Mehrheit für den Kommunismus!

Diese Aufgabe erfüllen, alle Hindernisse überwinden, die  
sich der Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats